

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

11.03.2018/pic

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
MD Dr. Philipp Steinberg
Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik
Ressortkoordinator Nachhaltigkeit
11019 Berlin

Kontakt

Friederike Pischnick
Friederike.Pischnick@staedtetag.de
Gereonstraße 18 – 32
50670 Köln
Telefon 0221-3771-310
Telefax 0221-3771-7188

Mail: NRP2019@bmwi.bund.de

Michael Schmitz
Michael.Schmitz@landkreistag.de
Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785
Telefon +32 2 740 16-33
Telefax +32 2 740 16-31

Aktenzeichen
82.06.01

Sehr geehrter Herr Dr. Steinberg,

die kommunalen Spitzenverbände bedanken sich für die Übermittlung des Entwurfs des Nationalen Reformprogrammes 2019 sowie der beiden Annexe und nehmen die Gelegenheit für Anmerkungen zum ersten Entwurf gerne wahr.

Eingangs sollte angemerkt werden, dass die Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände bei der Erstellung des Nationalen Reformprogramms (NRP) grundsätzlich begrüßt wird, allerdings stellen wir auch in diesem Jahr erneut fest, dass die Frist deutlich zu knapp bemessen ist, um eine vertiefte Stellungnahme möglich zu machen. Hier besteht weiterhin Verbesserungsbedarf bei den nationalen Beteiligungsverfahren im Zusammenhang mit dem Europäischen Semester. Insofern kann im Weiteren nur eine cursorische Bewertung des NRP-Entwurfs vorgenommen werden.

Aufmerksam begleiten wir die auf europäischer Ebene laufenden Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen und die nächste Förderperiode der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds). Dabei kann in den Vorschlägen der Europäischen Kommission eine verstärkte Verknüpfung zwischen Europäischem Semester und den ESI-Fonds festgestellt werden. Im Länderbericht der Europäischen Kommission schlägt sich dies zum ersten Mal im Annex D: Investitionsleitlinien für die Mittel im Rahmen der Kohäsionspolitik 2021-2027 für Deutschland nieder.

Während die neue territoriale Perspektive in den Länderberichten zunächst einmal positiv bewertet wird, sollte dabei nicht vergessen werden, dass es sich hier um eine makroökonomische Perspektive handelt. Wir sehen es kritisch, dass die Europäische Kommission das mögliche Politische Ziel 3: „Ein stärker vernetztes Europa durch die Steigerung der Mobilität und der regionalen IKT-Konnektivität“ für Deutschland nicht erwähnenswert hält. Insbesondere macht dieser Fakt stutzig, wo im Länderbe-

richt Deutschland wiederum eindringlich dazu aufgefordert wird, in nachhaltige Verkehrs-, Breitband- und Elektrizitätsinfrastruktur zu investieren. Noch dazu obliegt es den Mitgliedstaaten im Rahmen der entsprechenden EU-Fonds-Verordnungen zu entscheiden, in welchem Ausmaß und in welche Politischen Ziele regional investiert wird. Geteilte Mittelverwaltung bedeutet auch, dass die operationelle und strategische Planung auf den jeweilig bestgeeignetsten Ebenen stattfinden – in diesem Falle auf Landesebene. Auch wird bei der Durchsicht der anderen Mitgliedstaaten, die primär aus stärker entwickelten Regionen (insb. Dänemark, Österreich, Schweden, Finnland) bestehen, deutlich, dass die Kommission fast überall nur Investitionsbedarfe im Bereich der Politikziele 1 & 2 sieht. Es entsteht der Eindruck, dass durch die länderspezifischen Empfehlungen die in den Kommissionsvorschlägen zu den ESI-Verordnungen vorgenommene starke thematische Konzentration auf diese beiden Förderziele bestätigt werden soll. Ggf. wäre es für künftige Länderberichte sinnvoll, alle Generaldirektionen der Europäischen Kommission einzubinden (insb. auch GD CNECT und GD AGRI), um einen besseren Überblick über die Förderbedarfe in allen relevanten Bereichen zu erhalten.

Die Verknüpfung von Europäischem Semester und der EU-Strukturpolitik sehen wir allgemein insofern kritisch, als dass es nicht dazu kommen darf, dass nationale Entscheidungen, die im Zusammenhang mit den länderspezifischen Empfehlungen stehen, Auswirkungen auf die Durchführung von europäisch finanzierten Strukturprojekten hat. Keinesfalls dürfen Kürzungen der ESI-Mittel erfolgen, wenn Mitgliedstaaten den Empfehlungen nicht nachkommen sollten. Eine Zentralisierung der EU-Strukturpolitik durch Verknüpfung mit dem Europäischen Semester ist so lange nicht wünschenswert, wie die Erfüllung der länderspezifischen Empfehlungen einerseits nicht in den Händen der Projektträger liegt und somit von ihnen nicht direkt beeinflussbar ist, die mögliche Auswirkung etwa durch Kürzungen der Mittel der EU-Strukturpolitik sie andererseits allerdings direkt betrifft. Die länderspezifischen Empfehlungen richten sich an die Nationalstaaten. Ein Nichtbefolgen hätte direkte Auswirkungen auf die kommunale Ebene, während die kommunale Ebene die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen wiederum nicht direkt in der Hand hat.

Aufbauend auf den Empfehlungen der Europäischen Kommission mahnen die kommunalen Spitzenverbände, die Investitionen in nachhaltige Verkehrs-, Breitband und Elektrizitätsinfrastruktur deutlich zu erhöhen. Insbesondere vor dem Hintergrund der Bewältigung des Klimawandels und den eingegangenen internationalen und europäischen Vereinbarungen wie dem Pariser Klimaabkommens sowie den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) ist es in Deutschland höchste Zeit in vorwärtsgewandte und nachhaltige Infrastruktur zu investieren.

Wir verbleiben mit der Bitte um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer
des Deutschen Städtetages

Matthias Wohltmann
Beigeordneter
Deutscher Landkreistag

Uwe Zimmermann
Stv. Geschäftsführer
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes